

Der folgende Text wird über DuEPublico, den Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Diese auf DuEPublico veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**Peglau, Andreas:**

**Revolutionärer Sozialdemokrat und Kommunist. Zur Rolle des Psychoanalytikers Wilhelm Reich in der österreichischen „Linken“ zwischen 1925 und 1930**

In: Sozial.Geschichte Online / Heft 21 / 2017

DOI: <http://dx.doi.org/10.17185/duepublico/44666>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20171017-133827-7>

Link:

<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=44666>

Rechtliche Vermerke:

lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

---

Andreas Peglau

## Revolutionärer Sozialdemokrat und Kommunist. Zur Rolle des Psychoanalytikers Wilhelm Reich in der österreichischen „Linken“ zwischen 1925 und 1930\*

### Mit Freud *und* Marx

Wilhelm Reich (24. März 1897 – 3. November 1957), später „Vater“ der Körperpsychotherapie und Lebensenergieforscher, war zunächst als Psychoanalytiker einer der wichtigsten Wiener Mitstreiter Sigmund Freuds. Doch während letzterer in den 1920er Jahren zunehmend konservativer wurde, Neurosen, menschliches Leid, politischen Fanatismus und Krieg als Ausdruck eines vermeintlichen „Todestriebes“ zu erklären suchte, ging Reich einen anderen Weg.

Durch seine sich auch an Angehörige der Wiener Unterschichten wendende Therapie- und Beratungstätigkeit begriff er immer mehr, dass seelische Störungen hochgradig sozial verursacht und Menschen *von ihren Anlagen her* soziale und liebesfähige Wesen sind. Daraus leitete er die Möglichkeit ab, die durch Erziehung, gesellschaftliche Normen und ökonomische Verhältnisse unterdrückte menschliche (Trieb-)Natur zu befreien – statt sie beherrschen zu

---

\* Diesen Artikel hätte ich ohne den intensiven Austausch mit Werner Abel und die Nutzung seines Privatarchivs so nicht schreiben können. Die mir von ihm im Mai 2016 zur Verfügung gestellten Kopien von Kominternakten ermöglichten mir erst, zielgerichtet im Kominternarchiv zu suchen. Wichtige Informationen, Hinweise und Rückmeldungen erhielt ich zudem von Philip Bennett, Peter Birke, Karl Falend, Winfried R. Garscha, Gabriella Hauch, Hans Hautmann, Galina Hristeva, Bernd A. Laska, Gudrun Peters, Ute Räuber, Hartmut Rübner und Detlef Siegfried.

müssen. Reich begann, „Ethnologie und Soziologie zu studieren“. <sup>1</sup> Bei Karl Marx fand er die seine therapeutischen Erfahrungen ergänzende Gesellschaftstheorie. 1927 wurde er Mitglied der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs* (SDAP) (im Oktober 1933 erfolgte die Umbenennung in *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs*, SDAPÖ), die in Wien die Stadtregierung stellte. 1928 gründete er die *Sozialistische Gesellschaft für Sexualberatung und Sexualforschung*. Im Januar 1930 von den Sozialdemokraten ausgeschlossen, weil er kommunistische Positionen vertrat und eine antifaschistische Einheitsfront propagierte, ließ er sich im Herbst 1930 als Kandidat der *Kommunistischen Partei Österreichs* (KPÖ) für die Nationalratswahl aufstellen, allerdings ohne Erfolg. <sup>2</sup>

Sich zuspitzende Konflikte mit seinen Berufskollegen wegen seines politischen Engagements und seines von Freud abweichenden Verständnisses der Psychoanalyse ließen ihn Ende 1930 den Wohnort wechseln: nach Berlin. Hier wurde er umgehend KPD-Mitglied, beteiligte sich an führender Stelle an der KP-nahen Sexualreformbewegung, avancierte nach Freud zum populärsten psychoanalytischen Autor deutscher Sprache und setzte sich erneut für ein Zusammengehen der „Linken“ gegen den Faschismus ein. <sup>3</sup> Am 10. Mai 1933 war Reich dann einer von nur vier psychoanalytischen Autoren, deren Bücher in Berlin verbrannt wurden. Gegen ihn und seine Schriften richteten sich bald mehr NS-Verbote als gegen sämtliche andere seiner Berufskollegen. <sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Wilhelm Reich, *Menschen im Staat*, Frankfurt am Main 1995, S. 32.

<sup>2</sup> Andreas Peglau, *Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus*, Gießen 2017, 3., erweiterte Auflage, S. 46–70.

<sup>3</sup> Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 89–133.

<sup>4</sup> Noch im Frühjahr 1933 wurde Reich als einer der ersten Österreicher wegen kommunistischer Betätigung aus Preußen ausgewiesen. Im Mai 1933 war er der erste Psychoanalytiker, dessen Gesamtwerk – zu diesem Zeitpunkt 45 Publikationen, davon sieben Bücher – auf NS-Verbotslisten auftauchte. Observierung, Ausweisung und Ausbürgerung aus Gesamtdeutschland folgten sowie 1939 die Vorbereitung eines Hochverratsprozess gegen ihn und den mit ihm befreundeten Willy Brandt, den späteren BRD-Bundeskanzler. Vgl. Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 202 ff., S. 240–246 und S. 328–344.

Insbesondere wegen seines offen antifaschistischen Engagements wurde er im Juli 1933 von der auf Kollaboration mit dem NS-Regime setzenden *Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung* ausgeschlossen.<sup>5</sup> Im Spätsommer 1933, bereits im dänischen Exil, veröffentlichte Reich seine *Massenpsychologie des Faschismus: eine Analyse psychosozialer Grundlagen der Europa prägenden „rechts“-autoritären Regime, des enormen Erfolgs Adolf Hitlers und des Versagens der „Linken“ im Kampf gegen den Nazismus*. Es war zugleich eines der wichtigsten psychoanalytischen Bücher, die je erschienen sind.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Eine von den Analytikern selbst der sozialkritischen Aspekte beraubte Psychoanalyse wurde zügig ins NS-Gesundheitssystem integriert, inspirierte später die psychologische Kriegsführung der Wehrmacht und diente insbesondere der Luftwaffe dazu, ihre Gefechtsbereitschaft aufrecht zu erhalten: Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 468–484; Ulfried Geuter, *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 1988, S. 212 ff. Kein einziger Analytiker wurde vom Hitler-Regime verfolgt, weil er Analytiker war: Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 451–455. Namhafte „arische“ Analytiker stellten diesem Regime dagegen – mit Billigung der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung – bis zu dessen Ende ihr Wissen zur Verfügung, waren u. a. an Euthanasie und Homosexuellenverfolgung beteiligt und arbeiteten offiziell weiter in ihren Privatpraxen: Ebd., S. 31 f. Psychotherapie inklusive tiefenpsychologisch-analytischer Behandlungen wurde vom NS-Staat und – über die Deutsche Arbeitsfront – auch von der NSDAP finanziert: Ebd., S. 358. Die bereits von Freud für die Psychoanalyse genutzte Bezeichnung „Tiefenpsychologie“ wurde zu einer zentralen Vokabel der NS-Psychotherapie: Ebd., S. 468–474. Von einer pauschalen Unterdrückung der Psychoanalyse, einem umfassenden Verbot ihrer Schriften oder ihres Vokabulars konnte im nationalsozialistischen Deutschland zu keinem Zeitpunkt die Rede sein.

<sup>6</sup> Konsequente Psychoanalyse ist gesellschaftskritisch, als Sozialwissenschaft ebenso wie als Therapiemethode. Was den Patienten und Patientinnen in der Therapie bewusst wird, zeigt ihnen nicht nur neue Möglichkeiten, sondern auch die *Notwendigkeit* zu handeln: Um sich ihre gewachsene psychische Gesundheit zu erhalten, müssen sie in ihrem Umfeld ebenfalls Veränderungen in Erwägung ziehen. Doch auch aufseiten der Therapeuten geht folgerichtige Psychoanalyse „in Sozialkritik über“: Helmut Dahmer, *Psychoanalytische Sozialforschung. Voraussetzung und Möglichkeiten*, in: ders., *Die unnatürliche Wissenschaft. Soziologische Freud-Lektüren*, Münster 2012, S. 211. Dazu schrieb Freud 1910: „Die Gesellschaft muß sich im Widerstand gegen uns befinden, denn wir verhalten uns kritisch gegen sie; wir weisen ihr nach, daß sie an der Verursachung der Neurosen selbst einen großen Anteil hat“: Sigmund Freud, *Die zukünftigen Chancen der psychoanalytischen The-*

Unter anderem mit der Begründung, die *Massenpsychologie* sei ein konterrevolutionäres Machwerk, wurde Reich im November 1933 auch aus den kommunistischen Organisationen ausgeschlossen,<sup>7</sup> hier wie innerhalb der Psychoanalyse hinfort zunehmend geächtet.<sup>8</sup> Der Beginn seiner Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei liegt allerdings deutlich früher als bisher angenommen.

## Autobiographisches Verwirrspiel

Mit den Aufzeichnungen für seine Autobiografie *Menschen im Staat* begann Reich 1937, nachdem ihm die Moskauer Schauprozesse keinen Zweifel mehr gelassen hatten an der Entartung der Sowjetgesellschaft zum Stalinismus. Das erklärt seinen oft bitter-sarkastischen Ton, der wohl eine tiefe Verzweiflung überdeckte. Obschon er sich von kommunistischer (und sonstiger) Parteipolitik vollständig abgewandt hatte, blieb er in der Lage zu differenzieren. So schrieb er: „Einen [Hermann] Duncker, [Karl] Kautsky oder [Friedrich] Engels mit kriminellen Mördern des Moskauer Schlages in einen Topf zu werfen, ist das sicherste Zeichen eines degenerierten, wissenschaftlich inkompetenten und konfusen Denkens“.<sup>9</sup> Erste Bemühungen, den Text – damals schon 600 Schreibmaschinenseiten – 1939 beim Züricher Europa-Verlag zu publizieren, scheiterten.<sup>10</sup>

---

rapie, in ders.: *Gesammelte Werke*, Bd. 8, Frankfurt am Main 1999, S. 111. Von diesem gesellschaftskritischen Anspruch ist heute nicht mehr viel übrig. Insbesondere der Anpassungskurs der psychoanalytischen Institutionen gegenüber dem NS-System entzog den gesellschaftskritischen Strömungen innerhalb der Psychoanalyse ab 1933 dauerhaft die Basis: Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2). Reichs *Massenpsychologie* markiert daher den vorläufigen Höhe- und Endpunkt der Entwicklung der Psychoanalyse als kritischer Sozialwissenschaft. Vor allem Erich Fromm (1900–1980), Psychoanalytiker und Sozialpsychologe, sollte dem später Wesentlichen hinzufügen: Vgl. [<http://www.fromm-gesellschaft.eu/index.php/de/>].

<sup>7</sup> Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 286 ff.

<sup>8</sup> Ebd., S. 302–322.

<sup>9</sup> Reich, *Menschen* (wie Anm. 1), S. 20.

<sup>10</sup> Archives of the Orgone Institute, Boston (AOI), Correspondence, Box 4, Psa.

Erst 1953 nahm sich Reich diese Aufzeichnungen erneut vor. Doch nun stellte sich ihm ein anderes Problem in den Weg.

Seit er 1939 aus dem norwegischen Exil in die USA gekommen war, stand Reich unter CIA-Beobachtung. Einen Tag, nachdem die USA am 11. Dezember 1941 in den Zweiten Weltkrieg eingetreten waren, wurde er, wie zahlreiche andere Emigranten, als „gefährlicher feindlicher Ausländer“ für mehr als drei Wochen interniert.<sup>11</sup> In dieser Zeit wurde sein Haus durchsucht, Dokumente und Bücher wurden beschlagnahmt und er selbst mehrfach verhört – unbeschadet der Tatsache, dass er ein exponierter Antifaschist gewesen war und seine, zumal erzwungene, deutsche Staatsbürgerschaft durch Ausbürgerung aus dem NS-Staat bereits 1940 geendet hatte.<sup>12</sup> Reich hatte also schnell erfahren, wie gefährdet seine Existenz auch in diesem neuen Exilland – sein viertes nach Dänemark, Schweden und Norwegen – war. Ab 1950, in der McCarthy-Ära, spitzte sich seine Situation noch zu: Je mehr über seine früheren KP-Aktivitäten an die Öffentlichkeit gedrungen wäre, desto gefährdeter wäre er gewesen, Opfer der antikommunistischen Hexenjagd zu werden. Daher suchte Reich offenkundig nach halbwegs unverfänglichen Formulierungen, um dennoch seine Lebensgeschichte zu erzählen.<sup>13</sup> 1937, in deren Urfassung, hatte er noch das Folgende berichtet: „Ich liess mich am gleichen Tage“ – gemeint ist der 15. Juli 1927 – „durch den kommunistischen Arzt in die kommunistische Partei Österreichs eintragen.“ 1953, in der ersten Veröffentlichung des Materials unter dem Titel *People in Trouble*, stand nun an dieser Stelle: „On the same day, through the Communist physician, I let myself be enrolled in the medical group of the ‚Ar-

---

<sup>11</sup> Philip W. Bennett / Andreas Peglau, The Nazi Denaturalization of German Emigrants: The Case of Wilhelm Reich, in: *German Studies Review* 37 (2014), 1, S. 41–60, hier S. 53.

<sup>12</sup> Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 329–328.

<sup>13</sup> So kamen wohl auch manche rätselhaft anmutenden Aussagen zustande wie diese: „Formal war ich zwischen 1927 und 1932 Sozialist und Kommunist. Aber faktisch war ich es nie und wurde auch von den Parteibürokraten nie als solcher angesehen“: Reich, *Menschen* (wie Anm. 1), S. 20.

beiterhilfe‘, one of the affiliates of the Austrian Communist Party.” Kein Hinweis also mehr auf einen KPÖ-Eintritt. Erstmals war dann in der 1995 erschienenen textkritischen *deutschen* Ausgabe wieder zu lesen, dass sich Reich noch „am gleichen Tage durch den kommunistischen Arzt in die kommunistische Partei Österreichs eintragen“ ließ.<sup>14</sup>

Da dieser Satz jedoch bedeutete, Reich wäre zeitgleich SDAP- und KPÖ-Mitglied gewesen – und das, obwohl sich ab 1928 in der Komintern einbürgerte, Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ zu verteufeln<sup>15</sup> – wurde seine Mitteilung zumeist als fragwürdig eingestuft, auch von mir.<sup>16</sup> Erst 2016 entdeckte ich in diesbezüglich zuvor nicht ausgewerteten Dokumenten des Komintern-Archivs die Lösung: Diese Doppelmitgliedschaft gab es tatsächlich. Doch Reich hatte sie geheim gehalten.

## Das Komitee revolutionärer sozialdemokratischer Arbeiter

Reichs Desillusionierung über die SDAP hatte noch im Jahr des Eintritts in diese Partei eingesetzt. Denn am 15. und 16. Juli 1927 wurde er Zeuge, wie im Wiener Stadtzentrum ein Aufstand blutig unterdrückt wurde, ohne dass die SDAP-Führung auch nur versuchte, die Arbeiter zu schützen.<sup>17</sup> Dieser Aufstand war ausgelöst worden durch den Freispruch von Mitgliedern der monarchofaschistischen „Frontkämpfervereinigung“, die zwei Teilnehmer eines

---

<sup>14</sup> Reich, *Menschen* (wie Anm. 1), S. 42. Diese Informationen erhielt ich am 12. Juni 2016 von Reich-Biograf Bernd A. Laska, der die 1995 in Deutsch publizierte, erstmals die Vorfassungen berücksichtigende Ausgabe von *Menschen im Staat* erarbeitete. Die angegebenen Zitate finden sich im Originalmanuskript auf den Seiten 13 und 14.

<sup>15</sup> Siehe [<https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialfaschismusthese>], speziell zur KPÖ, wo diese These noch bis Anfang 1929 auf Widerstand stieß: Winfried R. Garscha, 1921–1931, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.), *Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik*, Wien 1989, S. 61–159, hier S. 141 f.

<sup>16</sup> Andreas Peglau, *Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus*, Gießen 2013, S. 48.

<sup>17</sup> Reich, *Menschen* (wie Anm. 1), S. 36–45.

sozialdemokratischen Demonstrationszuges ermordet hatten.<sup>18</sup> Nachdem einige der Aufständischen den Wiener Justizpalast in Brand gesteckt hatten, setzte die Polizei Schusswaffen ein. 85 Arbeiter sowie vier Polizisten wurden getötet.<sup>19</sup>

Offenbar zog Reich daraus nicht nur die Konsequenz, der KPÖ beizutreten: Bald darauf verließ er die Reihen der SDAP. Der Beweis dafür findet sich in einem Schreiben, das mit Datum vom 15. September 1927 an den Arzt, Psychoanalytiker und Sozialdemokraten Josef Karl Friedjung gesandt wurde:

„Werter Genosse!

Als Obmann der Vereinigung sozialistischer Ärzte in Wien teilen wir [sic] Ihnen mit, dass der Assistent Dr. Wilhelm Reich am Psychoanalytischen Ambulatorium, Neuthorgasse 8, seinen Austritt aus der Partei vollzogen hat unter der Begründung, dass ihm [sic] die Vorfälle am 15. und 16. Juli dazu zwingen. Wir haben diese Austrittsmeldung zur Kenntnis genommen und benachrichtigen Sie hievon.

Mit Parteigruss

(Unterschrift, unleserlich)<sup>20</sup>

Da aber eindeutig belegt ist, dass ihn die SDAP 1930 ausschloss, ist wohl nur *ein* Schluss möglich: Reich trat irgendwann nach dem September 1927 erneut bei den Sozialdemokraten ein. Die Gründe dafür sind bislang nicht bekannt.<sup>21</sup>

<sup>18</sup> Ebd., S. 103 und S. 102–117.

<sup>19</sup> Ebd., S. 115.

<sup>20</sup> Bernd A. Laska ermöglichte mir am 10. Juni 2016 Einblick in dieses Dokument. Das Original befindet sich im Besitz der Sigmund-Freud-Privatstiftung Wien.

<sup>21</sup> Denkbar wäre, dass er von KPÖ-Genossen gebeten wurde, ihnen Erkenntnisse über die Arbeit der Sozialdemokraten zu verschaffen. Dazu will freilich nicht recht passen, dass Reich sich vor Dezember 1929 in der SDAP offenbar in keiner Weise hervortat: Die Auskünfte und Archivdokumente, die Philip Bennett und ich 2011/12 vom *Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung Wien* erhielten, enthalten keinen Hinweis darauf, dass Reich vor Dezember 1929 Spuren in der SDAP hinterließ. Auch Josef Frey beschrieb Reich in dem hier später zitierten Brief an Trotzki vom 7. Januar 1930 als jemanden, der bislang parteipolitisch überhaupt nicht in Erscheinung trat, was aber wohl nötig gewesen wäre, um Zugang zu brisanten In-



Über die Entwicklung ab Sommer 1927 schrieb Reich rückblickend: „Nach der tiefen moralischen Niederlage vom 15. Juli ging es mit der mächtigen österreichischen Sozialdemokratie langsam aber sicher bergab.“<sup>22</sup> Auch Karl Fallend charakterisiert das weitere Vorgehen der SDAP als durch diverse Niederlagen, Rückzüge und Kompromisse gekennzeichnet. Zudem „wurde immer deutlicher, dass [...] die Vormachtstellung der Sozialisten“ keine „politische Sicherheit für die junge parlamentarische Demokratie“ bot.<sup>23</sup> Diese war insbesondere durch die Stärkung der von Benito Mussolini massiv unterstützten faschistoid-militanten „Heimwehr“<sup>24</sup> bedroht. Wie aus später bekannt gewordenen Dokumenten hervorgeht, hatten sich Führer dieser Gruppierung schon im August 1929 schriftlich verpflichtet, „die entscheidende Aktion zur Änderung der österreichischen Staatsverfassung“ – also einen Staatsstreich – spätestens „zwischen 15. Februar und 15. März [1930] durchzuführen“, aber „mit allen Kräften [zu] trachten, die Aktion bereits im Herbst dieses Jahres zu unternehmen“.<sup>25</sup> Nicht zuletzt um eine solche Entwicklung zu verhindern, stimmte die SDAP-Führung einer auch von der Heimwehr angestrebten Verfassungsänderung zu, die jedoch weiterer Entdemokratisierung Vorschub leistete<sup>26</sup> und sich als Weichenstellung zum 1934 ausbrechenden Bürgerkrieg und dem Entstehen des „Austrofaschismus“ erweisen sollte. Diese Verfas-

---

formationen zu erlangen. Und auch im Dezember 1930 ging die Initiative zur Gründung der „Revolutionären Sozialdemokraten“ nicht von Reich aus, wie sich erweisen wird. Festzuhalten bleibt ebenfalls: Reich hat nicht von vornherein eine Doppelmitgliedschaft in zwei Parteien angestrebt – sonst wäre er nicht aus der SDAP ausgetreten.

<sup>22</sup> Reich, *Menschen* (wie Anm. 1), S. 89.

<sup>23</sup> Karl Fallend, „Bereit zum Kampf mit allen Mitteln, auch mit denen der Gewalt!“ Wilhelm Reich auf der Bühne der Parteipolitik, in: Birgit Johler (Hg.), *Wilhelm Reich revisited*, Wien 2007, S. 47–67, hier S. 51–54.

<sup>24</sup> Vgl. [<https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Heimwehr>].

<sup>25</sup> Zitiert in Garscha, 1921 (wie Anm. 15), S. 142.

<sup>26</sup> Klaus Berchtold, *Verfassungsgeschichte der Republik Österreich*, Bd. 1: 1918–1933, Wien / New York 1998, S. 562–572. Vgl. auch Garscha, 1921 (wie Anm. 15), S. 142–149.

sungsänderung führte unter den SDAP-Parteigängern zu wachsender Empörung. Resultat war unter anderem die durch Wilhelm Reich mitgestaltete Gründung eines „Komitees revolutionärer sozialdemokratischer Arbeiter“. 1.500 Wienerinnen und Wiener folgten am 13. Dezember 1929 dessen Aufruf zu einer Protestkundgebung.<sup>27</sup>

Reich, der sowohl SDAP- als auch KPÖ-Anhänger eingeladen hatte, bezahlte Saalmiete, Flugblätter sowie Plakatierung und hielt das Hauptreferat. Darin geißelte er mit scharfen Worten das Versagen der SDAP-Führung. Die mit deren Zustimmung veränderte Verfassung sei „bereits eine faschistische Diktaturverfassung“, in Österreich herrsche nun eine „bürgerliche [...], faschistische, kapitalistische [Demokratie]“. Er benannte als „unsere Forderungen“: „1. Die Faschisten hinaus aus allen Betrieben. 2. Zurückziehung des Aufmarschverbotes für Wien. 3. Offensiver Kampf gegen die Faschisten. [...] 4. Rede- und Kritikfreiheit innerhalb der Partei.“<sup>28</sup>

Ein Stenogramm seiner Rede hält auch diese Aussagen fest: „Der Bürgerkrieg ist unvermeidlich, weil der Gegner dazu entschlossen ist und wir [...] nicht mit der Waffe des Geistes seine Maschinengewehre bestürmen können. [...] Wir sind bereit zum Kampf mit allen Mitteln, auch mit denen der Gewalt“. Auf die mit „stürmischem Beifall“ aufgenommene Rede folgten erregte Diskussionen und der Auszug der meisten Sozialdemokraten.<sup>29</sup>

Die Wiener KPÖ-Zeitung *Rote Fabne* widmete der Versammlung ihre Titelseite, die SDAP-*Arbeiterzeitung* versuchte, die Initiatoren als „kommunistische Schwindler“ verächtlich zu machen, die bürgerliche Presse witterte „eine Spaltung der Sozialdemokratie“ und die Polizei berichtete dem Bundeskanzler, das Komitee rufe „eine lebhaftige Bewegung in der Arbeiterschaft“ hervor.<sup>30</sup> Da Reich insbesondere durch sein Bekenntnis, nötigenfalls Gewalt einsetzen zu wollen, die offizielle SDAP-Linie verließ und sich KP-Standpunk-

<sup>27</sup> Das Flugblatt mit der Einladung ist dokumentiert in: Karl Fallend, Wilhelm Reich in Wien. Psychoanalyse und Politik, Wien / Salzburg 1988, S. 180.

<sup>28</sup> Fallend, Bareit (wie Anm. 23), S. 58.

<sup>29</sup> Ebd., S. 59–66.

<sup>30</sup> Fallend, Wilhelm Reich, (wie Anm. 28), S. 179 und S. 183.

ten näherte, traten zwei Komiteegründer umgehend aus – so dass Reichs Gewicht innerhalb des Komitees wohl noch zunahm. Diesem informellen Zusammenschluss, der weder Statut noch feste Mitgliedschaften hatte, gehörten bald mehrere hundert Menschen an.<sup>31</sup>

## „Linke“ Reaktionen

Noch am 14. Dezember 1929 gab die deutsche *Rote Fahne* (S. 3) die Wertung des Komintern-Organs *Internationale Pressekorrespondenz* (*Inprekorr*) wieder, dass jetzt innerhalb der SDAP eine „Arbeiteropposition“ existiere. Dem folgte, erneut auf Seite 3, am 17. Dezember 1929 eine ausführliche Mitteilung der deutschen *Roten Fahne* über die Gründung des Komitees, welches „ein verheißungsvolles Symptom der Loslösung breiter Massen“ vom „Einfluß der sozialfaschistischen Führer“ sei. Statt überschwänglich ging es dann jedoch mahnd weiter:

„Das bedeutet aber noch nicht, dass diese Massen sich jetzt bereits ohne weiteres der Kommunistischen Partei zuwenden. Jede Bildung von Splittergruppen aus den von der Sozialdemokratie sich lösenden Massen würde aber die revolutionäre Entwicklung des österreichischen Proletariats hemmen. Es kann keine Partei zwischen den Sozialfaschisten und der Kommunistischen Partei geben.“

Damit brachte die deutsche *Rote Fahne* auch die Haltung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) zum Ausdruck: Die Schwächung der SDAP war höchst erwünscht, als Alternative durfte es jedoch ausschließlich die KPÖ geben. Das Auftauchen eigenständiger, von der KP unabhängiger „linker“ Gruppierungen wurde deshalb als umgehend zu bekämpfendes Risiko gesehen und nicht etwa als Chance.<sup>32</sup>

---

<sup>31</sup> Für die Versammlung am Abend des 6. März 1930 werden eintausend Anwesende genannt, für die am 15. April 1930 sechshundert. Siehe: [<http://www.lsr-projekt.de/wrb/revsozdem.html>].

<sup>32</sup> Auch in Auswertung der Ereignisse um die Revolutionären Sozialdemokraten sollte es in der Politikkommission des EKKI am 3. Oktober 1930, S. 13, heißen, be-

Am 3. Januar 1930 erschien die erste von letztlich nur drei Ausgaben der von Reich gegründeten,<sup>33</sup> wohl auch finanzierten<sup>34</sup> Zeitung *Der Revolutionäre Sozialdemokrat*. Dort warnte Reich vor der heranrückenden „Aufrichtung der faschistischen Diktatur“<sup>35</sup> und fragte: „Wie konnte es geschehen, daß im ‚demokratischen‘ Österreich, in dem die relativ größte sozialdemokratische Partei der Welt besteht, die noch dazu von Wahl zu Wahl in den letzten Jahren gewachsen ist, der Faschismus immer mehr an Boden gewinnt?“<sup>36</sup> Darauf fand er allerdings noch keine psychosozialen, sondern rein politische Antworten.

Am 16. Januar 1930 wurde Reich wegen parteischädigenden Verhaltens von einem Schiedsgericht aus der SDAP ausgeschlossen.<sup>37</sup> Er setzte jedoch seine Aktivitäten mit den *Revolutionären Sozialdemokraten* fort. Richard Schüller, Mitglied des KPÖ-ZK und Chefredakteur der Wiener *Roten Fabne*,<sup>38</sup> vermerkte dazu in der *Inprekorr* 7/1930, S. 120 f. zur „Lage in Österreich“:

„Schon zeigt sich in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei – zum ersten Male – eine insgeheim merkliche Arbeiteropposition, wengleich sie auch noch alle Halbheiten und Schwächen der mit Illusionen behafteten, jedoch ehrlich strebenden revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter aufweist.“

Am 25. Februar 1930 kündigte Schüller in der *Inprekorr* an, „die Revolutionären Sozialdemokraten“, die „Opposition der Sozialdemokratischen Arbeiter“ würden am 6. März 1930 an dem von der Komintern ausgerufenen „Internationalen Kampftag für Arbeit und

---

sonders wichtig sei der „schärfste Kampf [...] gegen den Versuch zur Schaffung einer linkssozialdemokratischen Scheinopposition“.

<sup>33</sup> Philip Bennett entdeckte die Angaben zur Zahl der Ausgaben als auch zu Reichs Rolle als Gründer der Zeitung in den AOI, P/T, Box 13, Unpublished English draft translation of „Vorgeschichte der Orgonomie“ 1900–1930.

<sup>34</sup> Fallend, Wilhelm Reich (wie Anm. 28), S. 188.

<sup>35</sup> Bernd A. Laska verwies mich auf diesen Artikel und ermöglichte mir, Einblick darin zu nehmen.

<sup>36</sup> Siehe [www.lsr-projekt.de/wrb/revsozdem.html].

<sup>37</sup> Fallend, Wilhelm Reich (wie Anm. 28), S. 188.

<sup>38</sup> Vgl. [http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Mugrauer\_4\_12.pdf].

Brot“ teilnehmen.<sup>39</sup> Über diese Kundgebung berichtete am 7. März 1930 die Wiener *Rote Fabne*, Reich habe dort neben Mitgliedern des KPÖ-ZK und dem KPD-Reichstagsabgeordneten Eduard Alexander vor „10.000 Demonstranten“ gesprochen, die sich nach „Hungermärschen durch die Innenstadt am Freiheitsplatz versammelten“.<sup>40</sup> Diese Kooperation mit der KP könnte vermuten lassen, dass die Komintern das von Reich mitgeleitete Komitee nun doch als erhaltenswert einstufte. Aber weit gefehlt.

## Eine vertrauliche Komintern-Instruktion

Seit Januar 1930 schlugen sich die Wiener Vorgänge in den Dokumenten der „Politischen Kommission des Politsekretariats“ des EKKI nieder. In den folgenden Wochen diskutierten Kominternsekretäre mehrfach und kontrovers, was zu tun sei; Politbüromitglied Molotow, später Regierungschef und Außenminister, war mit einbezogen.<sup>41</sup> Am 17. März 1930 lag dann auf russisch, englisch, französ-

---

<sup>39</sup> AOI, Correspondence, Box 4, Psa.

<sup>40</sup> Fallend, Wilhelm Reich (wie Anm. 28), S. 188–191. Die deutsche *Rote Fabne* schrieb, ebenso wie die *Inprekorr*, von 7.000 Beteiligten. Am selben Abend referierte Reich im Wiener Gasthaus Bachlechner vor 1.000 Versammelten. Vgl. [<http://www.wslr-projekt.de/wrb/revsozdem.html>].

<sup>41</sup> Am 23. Januar 1930 wurde beschlossen, KPÖ-ZK-Sekretär Johann Koplenig einzuladen. Am 1. März 1930 hielt das Sitzungsprotokoll zur „Frage der Losungen betr. Austritt aus der SDP Oesterreichs [sic] und Herein in die KPOe“ fest, dass sie wegen „Meinungsverschiedenheiten [...] dem Politsekretariat übergeben“ werde. Am 8. März 1930 wurde zum „Entwurf zu Instruktionen an das ZK der K.P. Oesterreichs in der Frage der Arbeiteropposition innerhalb der SPOe“ beschlossen: „Die Gen. [Fritz] Heckert und Koplenig werden beauftragt, die Instruktionen aufgrund des Meinungsaustauschs zu ergänzen und umzuarbeiten und den neuen Text der Instruktionen [...] unter den Mitgliedern der Politischen Kommission bestätigen zu lassen“. Für den 12. März 1930 ist ein Vorschlag Koplenigs für „Direktiven an das Z.K. der KPOe“ dokumentiert sowie ein undatierter Vorschlag von EKKI-Sekretär Sergej Gussew. Am 13. März 1930 wurde festgelegt: Zur Fertigstellung von Instruktion und Resolution sollten die EKKI-Sekretäre Otto Kuusinen und Dmitri Manuilski mit Molotow „über denjenigen Punkt der Instruktion und Resolution Rücksprache nehmen, über den noch Meinungsverschiedenheiten bestehen“: Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI), Moskau 495-4-11, S. 1, Bild

sisch und deutsch die endgültige Fassung der „vertraulichen“ Instruktion für das KPÖ-ZK vor.<sup>42</sup>

Deren erster Satz der Instruktion lautete: „Das Z.K. hat unverzüglich Massnahmen zur Liquidierung des bestehenden Komitees oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter zu ergreifen.“<sup>43</sup> Innerhalb dieses Komitees sei „eine Initiativgruppe zu schaffen, die eine Kampagne für einen neuen Kurs des Komitees und der Zeitung [...] einleiten soll“, nämlich: „Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei, Eintritt in die Kommunistische Partei“. Sollte diese Initiativgruppe „aus den – sozialdemokratischen – Führern dieses Komitees bestehen, umso besser“. „Unzulänglichkeit“ und „Halbheiten“ der internen SDAP-Opposition seien zunächst – ganz wie es, sicherlich in Kenntnis der „Linie“, Richard Schüller bereits getan hatte – „kameradschaftlich“ zu kritisieren; es sei zu zeigen, „dass es nur einen Weg gibt: den Weg zur Kommunistischen Internationale“. Gleichzeitig solle „das Z.K. unverzügliche Massnahmen zur Aenderung der Linie der Zeitung ‚Der revolutionäre Sozialdemokrat‘ im Geiste der Weisungen des Polsekretariats ergreifen.“ Dort sei „eine Diskussion“ über den Übertritt zur KPÖ „einzuleiten“. Gelänge dies, sei zu erwägen, die Zeitung „in ein Organ der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ umzuwandeln. Sollte sich dagegen zeigen, dass „die Linie der Zeitung auseinandergeht mit den Losungen der Partei“, müsse „das Z.K. einen entschiedenen Kampf gegen diese Zeitung führen“ und Befürworter eines Weiterbestehens der Revolutionären Sozialdemokraten als „Agenten Bauers“, also des damaligen SDAP-Cheftheoretikers Otto Bauer, „entlarven“ – im Klartext: denunzieren. Der herbeizuführende KPÖ-Übertritt könne „in öffentlichen Versammlungen geschehen“ und sei unter anderem durch die Wiener *Rote Fabne* „agitatorisch auszunutzen“, um – mit Verweis auf „den täglichen Verrat durch den So-

6, 495-4-15, Bild 31, 495-4-16, Bild 32, 495-4-17, Bild 24, 32–33, 46–47.

<sup>42</sup> RGASPI 495-4-17, Bild 34–45. Die erste Seite des Dokumentes ist hier abgebildet: [<http://andreas-peglaue-psychoanalyse.de/ein-kommunist-als-revolutionaerer-sozialdemokrat-ergaenzungen-und-korrekturen-zur-biografie-wilhelm-reichs/>].

<sup>43</sup> Ebd.

zialfaschismus“ – „möglichst grosse Massen von Arbeitern aus der Sozialdemokratischen Partei herauszureissen“. <sup>44</sup> Bemerkenswerterweise enthält das gesamte, drei Seiten umfassende Schriftstück keine Formulierung, die auch nur andeutet, dass sich Reich unter den Führern des Komitees befand.

Am 15. April 1930 verkündete Wilhelm Reich als Repräsentant der *Revolutionären Sozialdemokraten* bei einer öffentlichen Veranstaltung deren Übertritt zur KPÖ. Dem schlossen sich umgehend 90 Sozialdemokraten an. Das ließ sich, verbunden mit mehrfacher Nennung Reichs, am nächsten Tag auf Titelblatt und Seite 2 der Wiener *Roten Fabne* entnehmen. Als Anlass des Parteienwechsels wurde auf das am 5. April 1930 von der SDAP mitbeschlossene „Antiterrorgesetz“ verwiesen, das unter anderem Lohnkämpfe erschwerte. <sup>45</sup> Wegen dieses Gesetzes sei es für die Revolutionären Sozialdemokraten, so wurde Reich zitiert, „Ehrensache, jetzt, nach dem großen Verrat der Sozialdemokratie“, zur KPÖ zu wechseln. Damit, hieß es weiter, habe auch die Zeitung *Der revolutionäre Sozialdemokrat*, „deren Auflage in letzter Zeit besonders angestiegen ist, [...] ihr Erscheinen eingestellt“. Entsprechend der EKKI-Instruktion kommentierte die Redaktion der Wiener *Roten Fabne*: „Wir Kommunisten haben [...] vom ersten Tage an die Illusionen und Halbheiten der revolutionären Sozialdemokraten scharf, wenn auch kameradschaftlich abgelehnt“. „Ehrliche und revolutionäre Arbeiter“ könnten „zwischen SP und KP nicht herumschwanken und auf Dauer Opposition spielen“. Auch die ebenfalls am 16. April 1930 informierende deutsche *Rote Fabne* (S. 7) hielt für hervorhebenswert, dass *Der revolutionäre Sozialdemokrat* nicht mehr erscheine und verwies auf „Massenveranstaltungen“, bei denen die Gründe für den KPÖ-Übertritt öffentlich dargelegt würden. Mehr als ein Dutzend dieser Veranstaltungen fanden – von der Wiener *Roten Fabne* propagiert – im April und Mai 1930 in- und außerhalb von Wien statt. Einige wurden durch Lesungen des deutschen Dich-

---

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Berchtold, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 27), S. 575.

ters und Kommunisten Erich Weinert festlich umrahmt.<sup>46</sup> Reich war vielfach beteiligt.

Auch die sozialdemokratische Wiener *Arbeiterzeitung* (AZ) reagierte auf die Übertritte. Am 17. April 1930 spielte sie auf Seite 1 und 2 die Vorgänge um die Revolutionären Sozialdemokraten unter der Überschrift „Amtliche Kommunistenförderung“ herunter: „Der ganze Vorfall hat an sich keine Bedeutung, es handelt sich nur um ein paar Dutzend junge Leute, die Herr Dr. Reich mit pikanten Vorträgen über – sexuelle Fragen an sich gelockt hat.“ Reich sei mit diesen jungen Leuten nun einfach zur Kommunistischen Partei „zurückgekehrt“. Insbesondere gegen die – zutreffende, aber von der AZ offensichtlich nicht belegbare – Behauptung, Reich habe bereits früher der KPÖ angehört, wandte sich dieser in einer Gegendarstellung, die die Zeitung am 9. Mai 1930 auf Seite 3 abdruckte.

Laut internen Mitteilungen der Komintern<sup>47</sup> kam es mit Hilfe der Revolutionären Sozialdemokraten immerhin zu 800 Übertritten:<sup>48</sup> bei einer Gesamtzahl von kaum mehr als 3.000 KPÖ-Mitgliedern<sup>49</sup> also ein enormer Zuwachs. Daran, dass die KPÖ im Vergleich zur SDAP zumindest quantitativ kaum ins Gewicht fiel – die österreichischen Kommunisten hatten bei der Wahl von 1927 gerade einmal 16.000 Stimmen bekommen, die SDAP mehr als anderthalb Millionen – änderte dies jedoch nichts: Die SDAP holte sich

<sup>46</sup> Fallend, Wilhelm Reich (wie Anm. 28), S. 192.

<sup>47</sup> Auf der später ausgewerteten Sitzung des EKKI-Ländersekretariats vom September 1930: RGASPI 495-35-10, S. 81 f.

<sup>48</sup> Richard Schüller macht folgende Rechnung auf: „Wir haben vom 15. April [also dem Tag des offiziellen Übertritts der Revolutionären Sozialdemokraten – A. P.] bis 15. Mai 800 Mitglieder gewonnen, dann haben wir noch weiter gewonnen und ziehen wir die Gesamtbilanz so ergibt sich (da wir gleichzeitig einen Verlust hatten) ein Zuwachs von 800 Mitgliedern“ (RGASPI 495-35-10, S. 81 f.). Wohl deswegen, weil er die Verluste an anderer Stelle schon von den 800 neuen Mitgliedern abzieht, kommt er dort (ebd., S. 26) auf nur 400 Neuzugänge. In der *Inprekorr* vom 3. Juni 1930 berichtete er, seit 1. April 1930 habe es 1.100 Neueintritte gegeben, vorwiegend von ehemaligen SDAP-Mitgliedern (AOI, Correspondence, Box 4, Psa.)

<sup>49</sup> Anson Rabinbach nennt, so teilte mir Philip Bennett mit, für 1927 3.000 KPÖ-Mitglieder, 1933 waren es dann 4.000. Siehe [www.wien-konkret.at/politik/kpoe/]. Auch Reich, Menschen (wie Anm. 2), S. 92, spricht von 3.000 Mitgliedern.



einen erheblichen Teil der Überläufer durch individuelle Gespräche wieder zurück,<sup>50</sup> „Säuberungen“ reduzierten die Mitgliederzahl zusätzlich.<sup>51</sup> Im Juli 1930 sollte das ehemalige KPÖ-Mitglied Willi Schlamm – dem Reich gut bekannt war<sup>52</sup> – in der KPD(O)-Zeitschrift *Gegen den Strom* rückblickend von der österreichischen „Gruppe linker Sozialdemokraten“ berichten, „über die in der gesamten Presse der Komintern in den vergangenen Monaten so viel geschrieben wurde. Man hörte da von ‚Massenübertritten zur KP‘, ‚Massenflucht aus der SDAP‘, ‚Spaltung der SDAP‘ – alles im Zusammenhang mit der erwähnten Gruppe“.<sup>53</sup>

Doch konnte Schlamm diese Erwartungen bereits mit einer im Mai 1930 vom Exekutivkomitee der Komintern getroffenen Einschätzung kontrastieren:

„Die mit der Organisierung von oppositionellen Arbeitergruppen im Rahmen der Sozialdemokratie gemachten Erfahrungen (Herausgabe der Zeitung ‚Der revolutionäre Sozialdemokrat‘, Versammlungen oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter, Beteiligung von Parteivertretern im Komitee der sozialdemokratischen Arbeiteropposition sowie der Schaffung lokaler Sektionen dieses Komitees) haben gezeigt, dass diese Methode der Eroberung sozialdemokratischer Arbeiter gänzlich ergebnislos war.“<sup>54</sup>

Was Schlamm kannte, war freilich nur die offizielle Auslegung. Angesichts der EKKI-Instruktion vom März 1930 ist davon auszugehen, dass es von vornherein die Absicht der Komintern war, die-

---

<sup>50</sup> RGASPI 495-35-10, S. 100.

<sup>51</sup> Fallend, Wilhelm Reich (wie Anm. 28), S. 170 und S. 192.

<sup>52</sup> Willi Schlamm (1904–1978) war in den 1920er Jahren eng befreundet mit Reich. Er hatte in der KPÖ Karriere gemacht, u. a. als Redakteur der Wiener Roten Fahne. 1929 wurde er als „Rechtsabweichler“ aus der Partei ausgeschlossen und wechselte zur KPD(O), wo er erneut in die Zeitungswelt einstieg (vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/William\\_S.\\_Schlamm](https://de.wikipedia.org/wiki/William_S._Schlamm)]; Garscha, 1921 (wie Anm. 16), S. 109, S. 120 ff., S. 125 f. und S. 140.

<sup>53</sup> Willi Schlamm, Wie die Komintern die KPOe berät. Eine neue Resolution des EKKI über die Lage in Österreich, in: *Gegen den Strom* 1930, Nr. 27, Reprint Hamburg 1985, S. 426–428, hier S. 429.

<sup>54</sup> Schlamm, Komintern (wie Anm. 51), S. 430.

se „Methode“ so bald als möglich für gescheitert zu erklären. Zudem fiel, wie zu zeigen sein wird, noch im September 1930 die interne Bilanz der Komintern bezüglich der *Revolutionären Sozialdemokraten* weit positiver aus.

## „Undercover“ in der SDAP

Bis auf die Tatsache, dass die Zeitschrift *Der revolutionäre Sozialdemokrat* wohl nicht die Kriterien für eine Weiterführung erfüllte, war also genau geschehen, was sich das EKKI gewünscht hatte. Dass auch Reich in diese Richtung gewirkt hatte, ist anzunehmen, dürfte es doch die logische Konsequenz seiner KPÖ-Mitgliedschaft gewesen sein.<sup>55</sup> Dass diese bereits länger bestand, belegen die Kominternakten über eine „Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI“.<sup>56</sup> Bei dieser vom 23. bis 25. September 1930 ausschließlich Österreich gewidmeten Zusammenkunft war unter anderem EKKI-Sekretär Dmitri Manuilski zugegen. Den Auftakt machte Richard Schüller mit einem „Bericht über die allgemeine Lage in Oesterreich“. Man könne jetzt erstmals Zeichen für einen „Umschwung“ bei den Arbeitern erkennen, teilte er mit. Den Beweis dafür liefere insbesondere „die Tatsache, daß die Gruppe der revolutionären Sozialdemokraten zu uns übergetreten ist. Diese

---

<sup>55</sup> Ein weiterer der zu Lebzeiten nicht veröffentlichten Sätze aus der Autobiografie unterstreicht, dass Reich – der ja bereits Ende 1930 nach Berlin ging und dort umgehend KPD-Mitglied wurde – wohl nicht erst 1930 zur KPÖ kam: „Drei [!] Jahre arbeitete ich aktiv in der österreichischen Kommunistischen Partei“: Reich, Menschen (wie Anm. 2), S. 57. An anderer Stelle spricht er in einem ironischen Rückblick auf das Jahr 1929 von sich als einem von „200 Kommunisten“ und Angehörigen der von der KPÖ gegründeten „Arbeiterwehr“: „Wir revolutionären Führer des Proletariats“ sollten „unbewaffnet“, auf „Befehl“ der KPÖ „40.000 bewaffnete [...] Menschen [...] in Uniform stürmen“, die sich am 7. Oktober 1929 in der Wiener Neustadt zusammengezogen hatten. Auch dass er schon für die Zeit vor 1930 von „der Zelle im 20. Bezirk, wo ich arbeitete“, schreibt, spricht für ein Eingebundensein in die KPÖ-Organisationsstruktur: Reich, Menschen (wie Anm. 2), S. 92 ff., S. 98 und S. 116.

<sup>56</sup> RGASPI 495-35-10; 495-35-11.

Strömung [...] innerhalb der S.P. [= SDAP] wurde nicht von unserer Partei erfunden oder ausgedacht, sondern sie ist wirklich selbst entstanden. Solche Sachen haben wir früher gemacht, daß wir versuchten (was ich sage, ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt), eine solche Opposition zu organisieren, [...] aber was ist dabei herausgekommen? Ein einziges Mitglied ist schließlich zu uns übergetreten [...]. Diesmal ist die Opposition aus der Masse der unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter selbst entstanden. In einem proletarischen Bezirk [...], wo die [...] Elite der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist, sind nach der Verfassungsänderung diese Strömungen entstanden, und da sind die einzelnen Funktionäre nicht an unsere Partei herangetreten, sondern *an den Gen. Reich, der früher in der Sozialdemokratischen Partei war, gleichzeitig aber auch bei uns*, und sie haben von ihm verlangt, ihnen bei der Organisation dieser Opposition zu helfen.<sup>57</sup>

In der späteren Diskussion ergänzte Schüller: „Im Anfang dieser Opposition war dort *nur ein einziger Genosse, der Gen. Reich, der gleichzeitig Mitglied der KP war, das war sozusagen eine Keimzelle*. Die Oppositionellen waren wirklich sozialdemokratische Mitglieder, die in ihrem ersten Stadium in ihrer großen Masse noch nichts von der Komm. Partei wissen wollten.“<sup>58</sup>

Die KPÖ sei, hieß es in Schüllers Rede, dadurch vor die Frage gestellt gewesen, „ob sie diese Sache sich selbst überlassen soll, was die Gefahr eines linkssozialdemokratischen Flügels bedeuten würde oder ob sie eingreifen und eine elastische Taktik entwickeln soll, um diese Opposition von ihren gefährlichen zentristischen Elementen zu säubern und sie dann aus der S.P. in unsere Reihen zu

---

<sup>57</sup> RGASPI 495-35-11, S. 25f. Hervorhebung von mir – A. P. Eine Abbildung des Dokuments findet sich hier: [<http://andreas-peglaue-psychoanalyse.de/ein-kommunist-als-revolutionaerer-sozialdemokrat-ergaenzungen-und-korrekturen-zur-biografie-wilhelm-reichs/>].

<sup>58</sup> RGASPI 495-35-10, S. 82. Hervorhebung von mir – A. P. Eine Abbildung des Dokuments findet sich hier: [<http://andreas-peglaue-psychoanalyse.de/ein-kommunist-als-revolutionaerer-sozialdemokrat-ergaenzungen-und-korrekturen-zur-biografie-wilhelm-reichs/>].

überführen.“<sup>59</sup> KPÖ-ZK-Sekretär Johann Koplenig konkretisierte, wie man im März 1930 auf Grundlage der EKKI-Instruktion vorgegangen war: „Es hat eine Sitzung des Komitees [der Revolutionären Sozialdemokraten] stattgefunden, an der wir teilgenommen und wo wir die Frage des Uebertrittes zur Kommunistischen Partei gestellt haben“. Da „die ideologische Vorbereitung unsererseits“ schon so gewesen sei, dass „nicht der geringste Widerstand zu verzeichnen war“, sei der Übertrittsbeschluss „einstimmig angenommen“ worden.<sup>60</sup> Die dadurch zustande gekommenen Neuzugänge seien, so Schüller, „keine Abfallelemente“ gewesen, „sondern zum größten Teil wirklich proletarische Elite-Elemente“, die mit den „Massen und den Betrieben verbunden waren“.<sup>61</sup>

Die *Revolutionären Sozialdemokraten* waren also tatsächlich keine inoffizielle KP-Gründung.<sup>62</sup> Allerdings hatten sie vom Beginn ihrer Existenz an einen Repräsentanten, der wohl stillschweigend als Kommunist dachte und handelte: Wilhelm Reich. „Genosse Reich“ war offenbar den anderen Beteiligten an der Tagung vom September 1930 ein Begriff – andernfalls hätte Schüller mehr Erklärungen zu seiner Person anbieten müssen. Dass es für wichtig gehalten wurde, Reichs doppelte Parteimitgliedschaft auch noch im Nachhinein zu verheimlichen, mag daran gelegen haben, dass diese Methode der Infiltrierung nicht nur in seinem Falle zum Einsatz kam.<sup>63</sup> Das könnte auch der Grund sein, warum genau die Passagen

---

<sup>59</sup> RGASPI 495-35-10, S. 26. Zentristisch: eine Mittelposition zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten beziehend.

<sup>60</sup> Ebd., S. 40.

<sup>61</sup> Ebd. Die gesamte „österreichische Frage“ wurde nach der Sitzung des Länderausschusses „an die Politikkommission“ des EKKI weitergereicht und taucht dort in weiteren Dokumenten auf, ohne dass Reichs Name erneut fällt.

<sup>62</sup> Auch in der mit detaillierten Anweisungen zur Schwächung der SDAP gespickten Resolution zu den KPÖ-Aufgaben vom 20. November 1929 deutet nichts auf die Absicht hin, innerhalb der SDAP Oppositionsgruppen zu gründen oder auch nur zu fördern.

<sup>63</sup> Offenbar keine Spezialität der Kommunisten, wie die Tatsache belegt, dass die Trotzlisten Mitglieder ins Komitee der Revolutionären Sozialdemokraten einschleust hatten: Fallend, Wilhelm Reich (wie Anm. 28), S. 187.

in Schüllers Rede, in denen Reichs Doppelrolle Erwähnung fand, bei einer Überarbeitung des Manuskriptes gestrichen wurden.<sup>64</sup> Erklärlich wird nun zudem, weshalb Reich in der EKKI-Instruktion vom März 1930 in keiner Weise benannt wurde: Er sollte wohl nicht enttarnt werden. Dass diese Geheimhaltung funktionierte, wird schon daran deutlich, dass auch beim SDAP-Partieverfahren gegen Reich vom Januar 1930 keine KPÖ-Mitgliedschaft erwähnt wird,<sup>65</sup> dieser Fakt also den Sozialdemokraten bis zum Ausschluss verborgen blieb. Vermutlich wurde er auch in der KPÖ nie offiziell bekannt. In der 1989 veröffentlichten Geschichtsaufarbeitung der KPÖ durch deren eigene Historische Kommission tauchen jedenfalls weder Wilhelm Reich noch die Revolutionären Sozialdemokraten auf.<sup>66</sup>

Es ist übrigens durchaus möglich, dass Reich *noch vor Juli 1927* KPÖ-Mitglied wurde. Zumindest hatte er da längst intensiven Kontakt zur KPÖ hergestellt und an diversen ihrer Treffen teilgenommen. Das wird deutlich, wenn er berichtet, wie sich die österreichischen Kommunisten vor dem 15. Juli 1927 ihre Reaktion auf einen solchen Aufstand ausgemalt hatten: „Ich hatte in den vielen illegalen Sitzungen gelernt, daß die Partei in solchen Stunden ‚als Führerin den Kampf lenken‘, ‚zusammenfassen‘, ‚zu bestmöglichen Erfolgen führen‘ müsse.“<sup>67</sup> Dass Reich hier von „illegalen Sitzungen“ schreibt, bezieht sich jedoch nicht darauf, dass die KPÖ verboten gewesen wäre: Das war zwischen 1925 und 1930 nie der Fall.<sup>68</sup> Doch war auch der KPÖ illegale Aktivität nicht fremd: Ab 1924 sammelte sie diesbezügliche Erfahrungen, während sie Georgi Dimitroff dabei unterstützte, die verbotenen kommunistischen Par-

---

<sup>64</sup> RGASPI 495-35-10, S. 26.

<sup>65</sup> Georg Spitaler stellte mir im August 2016 das Protokoll der Ausschlussitzung zur Verfügung.

<sup>66</sup> Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.), Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1989.

<sup>67</sup> Reich, Menschen (wie Anm. 2), S. 41. Ich danke Bernd A. Laska, dass er mir die Möglichkeit gab, die entsprechende Manuskriptseite im Original einzusehen.

<sup>68</sup> Persönliche Information von Hans Hautmann am 15. Juni 2016.

teien der Balkanländer von Österreich aus zu koordinieren. Winfried R. Garscha schreibt dazu:

„Die Solidarität mit dem Kampf der Balkanvölker hatte aber noch einen weiteren Effekt: Viele bürgerliche Intellektuelle, vor allem humanistisch gesinnte Ärzte [!] und Künstler, die bereit waren, sich gegen den Faschismus zu engagieren, kamen auf diese Weise mit der KPÖ in Kontakt, lernten den opfervollen Kampf der Kommunisten schätzen und trugen so – in bescheidenem Maße – bei, die Isolierung der Partei zu überwinden.“<sup>69</sup>

Der Gedanke, Reich wäre einer dieser „humanistisch gesinnten Ärzte“ gewesen, liegt jedenfalls sehr nahe. Offensichtlich wollte Reich ja auch bis 1930 nicht, dass seine Nähe zur KPÖ bekannt wurde, so dass ihm geheim gehaltene Treffen entgegengekommen sein dürften. Über die Ängste, die seine damaligen politischen Aktivitäten in ihm auslösten, schreibt er: „Ich bangte ständig um meine [psychoanalytische] Praxis. Jede Aktion konnte mich vernichten.“<sup>70</sup>

Wann auch immer Reich zur KPÖ stieß, es bleibt festzuhalten: Bis zum Sommer 1930 hatte er bewiesen, dass er für diese Partei wirken, mit öffentlichen Auftritten Massen begeistern und Organisationen führen konnte. Erst auf diesem Hintergrund wird verständlich, dass sich ihm alsbald auch in der deutschen KP-Organisation nahezu umgehend mehrere Türen öffnen sollten.

## Epilog: Wilhelm Reich – ein Stalinist?

Joseph Frey, Führer der Wiener Trotzlisten, die Anhänger/innen in das Komitee der *Revolutionären Sozialdemokraten* eingeschleust hatten, schrieb am 7. Januar 1930 an Leo Trotzki: „Der Initiator Reich ist in Wirklichkeit ein Instrument des Stalin ZK, welches ver-

---

<sup>69</sup> Garscha, 1921 (wie Anm. 16), S. 88. Hans Hautmann bestätigte mir ebenfalls, dass die KPÖ in Einzelfällen interessierte Intellektuelle, die keine Parteimitglieder waren, bei Zusammenkünften zuließ.

<sup>70</sup> Reich, *Menschen* (wie Anm. 2), S. 41.

sucht, eine oppositionelle Bewegung in der SP [= SDAP] mittels Geld zu organisieren.<sup>71</sup> Wie bereits gezeigt, irrte Frey, was die angebliche Initiierung durch Reich, wohl, auch was die Finanzierung der *Revolutionären Sozialdemokraten* betrifft. Aus der erwähnten EKKI-Instruktion geht zudem hervor, dass sich die Komintern noch im März 1930 – vier Monate nach Gründung der SDAP-Opposition – keinesfalls sicher war, diese Gruppierung und deren Zeitung nach Gutdünken lenken zu können. Was 1929/30 innerhalb von KPÖ und Komintern vertreten wurde, ließ sich ohnehin noch nicht auf das Attribut „stalinistisch“ reduzieren. Muss Reich aufgrund seiner hier mitgeteilten, wohl weitgehend kominterngesteuerten Aktivitäten dennoch als Stalinist eingeordnet werden?

Hermann Weber definiert Stalinismus als „kommunistische Einparteienherrschaft [...] bei völliger Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie, [...] Willkürherrschaft, gekennzeichnet durch völlige Rechtsunsicherheit, [...] blutige Säuberungen, [...] unumschränkte Machtfülle“ Stalins und „byzantinische[n] Kult um seine Person, von einer dogmatisierten Verschleierungs- und Rechtfertigungsideologie [...] getragen“.<sup>72</sup> Nichts davon hat Reich jemals vertreten. Eine Lobpreisung Stalins haben weder ich noch Reich-Biograph Bernd A. Laska oder Philip Bennett bei all unseren Forschungen in Reichs Werken und sonstigen Äußerungen entdeckt.<sup>73</sup> Bei aller Kritik an der SDAP-Führung verstieg sich Reich zudem

---

<sup>71</sup> Fallend, Wilhelm Reich (wie Anm. 28), S. 187.

<sup>72</sup> Hermann Weber (Hg.), *Terror: stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn / München 2001, S. 4.

<sup>73</sup> Persönliche Mitteilungen vom 7. Juni 2016. Die gravierendste Realitätsverzerrung, die ich diesbezüglich bei Reich entdecken konnte, findet sich in seinem 1932 erschienenen Buch *Der sexuelle Kampf der Jugend*. Dort schrieb er, „daß in Deutschland noch zehntausende Jugendliche solche Märchen glauben, wie daß in Rußland die Menschen Hungers sterben, daß Stalin ein blutiger Diktator ist, der die werktätige Bevölkerung mit einer Knute unter seiner Herrschaft hält, und daß die Bolschewisten überhaupt Menschen sind, die ständig nur mit einem Messer zwischen den Zähnen herumlaufen“, verzichtete aber auf jede Huldigung Stalins: Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 154.

nie zu einer Übernahme der Sozialfaschismusthese.<sup>74</sup> Für ihn waren und blieben Heimwehr und andere „rechte“ Kräfte die Feinde.<sup>75</sup> Weitere Fakten sprechen dafür, dass die Kommunisten in Reich von Beginn an einen zwar wertvollen, aber schwierigen, weil weiterhin eigenständig agierenden Verbündeten sahen.<sup>76</sup>

Schon als Reich 1929 in der Kominternzeitschrift *Unter dem Banner des Marxismus*<sup>77</sup> die Notwendigkeit belegte, marxistische durch tiefenpsychologische Erkenntnisse zu ergänzen, stieß er auf teils schroffe Zurückweisungen sowjetischer Philosophen.<sup>78</sup> I. Sapir, einer seiner Kontrahenten, urteilte bereits im selben Heft: „Die Argumentation Reichs hat sich wie die anderer Freudianer als zu schwach erwiesen, um die soziologische Bedeutung der individuellen Psychologie über die sehr engen Schranken hinaus auszudehnen, die dieser

---

<sup>74</sup> Dies auch nicht in seinem erwähnten Artikel in der Zeitung *Der revolutionäre Sozialdemokrat*, siehe [<http://www.lsr-projekt.de/wrb/revsozdem.html>], noch in seiner Rede auf der ersten Protestkundgebung des Komitees am 13. Dezember 1929: Fallend, Bereit (wie Anm. 24), S. 56–67. Dass Reich in seiner Rede auf dieser Veranstaltung die österreichische Gesellschaft von 1929 als „faschistisch“ bezeichnete, entspricht damals in der Komintern verbreiteten, „ultra-linken“ Überspitzungen, die aber nicht nur in der KPÖ auf Widerstand stießen, sondern auch vom EKKI als unzutreffend gerügt wurden: Garscha, 1921 (wie Anm. 16), S. 145 ff. Auch hier lag Reich also nicht auf Stalins „Linie“.

<sup>75</sup> Auch nachdem er nicht mehr mit seiner KP-Mitgliedschaft hinterm Berg halten musste, unterliefen ihm in seinen Veröffentlichungen keine Verunglimpfungen der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“.

<sup>76</sup> Zu glauben, dass Reich von der KPÖ regelrecht „geführt“ wurde, fällt schon deshalb schwer, weil Reich nachweislich nicht dazu neigte, sich führen zu lassen. Hinzu kommt, dass die kleine KPÖ nicht über einen „Apparat“ verfügte und ihre wenigen hauptamtlichen Funktionäre oft gleichzeitig für verschiedene Gebiete zuständig waren – so Karl Toman auf der Sitzung vom 23. September 1930: RGASPI 495-35-11, S. 144. Ich wüsste auch nichts, womit Reich seitens der Komintern erpressbar gewesen wäre.

<sup>77</sup> Vgl. seinen Beitrag *Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse*. Auch diese Veröffentlichung wird durch die frühe KP-Mitgliedschaft erstmals erklärlich: SDAP-Mitglieder gehörten dort meines Wissens 1929 sonst nicht zum Autorenkreis.

<sup>78</sup> Siegfried Bernfeld / Wilhelm Reich / W. Jurinetz / I. Sapir / A. Stoljarow, *Psychoanalyse und Marxismus*. Dokumentation einer Kontroverse, Frankfurt am Main 1970.



Wissenschaft durch die marxistische Methode gezogen sind.“<sup>79</sup> Eine ähnliche Haltung lässt auch das Protokoll der erwähnten Ländersekretariatstagung der Komintern vom September 1930 erahnen: Weder Reichs psychoanalytischer Hintergrund noch seine sexualreformerischen Aktivitäten klangen dort auch nur an. Dass er mit diesen Aktivitäten bei den österreichischen Kommunisten wenig Begeisterung auslöste, legt ein Tagungsbeitrag der Vertreterin der KPÖ-Frauenabteilung, Grünberg, nahe. Sie berichtete, „in den letzten Monaten sind die kommunistischen Ärzte“ – zu denen Reich mit Sicherheit zählte – „an das Politbüro herangetreten, eine Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen durchzuführen“ und dafür eine Organisation zu schaffen. Die Frauenabteilung habe jedoch festgestellt, dass „jetzt nicht die Zeit ist“ für derartige Aktivitäten. Vonnöten sei vielmehr, auch in Österreich eine für Frauen zugängliche Variante des Rotfrontkämpferbundes zu gründen. Vermehrte Aufklärung sei ebenfalls erforderlich, und zwar über die Sowjetunion.<sup>80</sup>

Dieses vielleicht auch als Abwehrhaltung zu verstehende Desinteresse gegenüber einer zentralen Frage des Frauenrechtes entsprach einer Entwicklung, die spätestens mit Lenins Tod in der Sowjetunion eingesetzt hatte. Neben vielen anderen Errungenschaften wurden auch progressive sexualpolitische Regelungen ab 1923 wieder zurückgedrängt; erneut und zunehmend wurden Hindernisse für legale Abtreibungen eingeführt.<sup>81</sup> Am 21. März 1925 schrieb Sonja Nikolajewna Smidowitsch, Leiterin der „Frauenabteilung“ beim ZK der KPdSU, in der *Prawda*, eine freie Sexualauffassung sei nur für „Hottentotten“ und Urmenschen passend, und fragte, „woher sich bei uns im Norden solche afrikanischen Leidenschaften“ entwickeln konnten.<sup>82</sup> 1930 wurde die Frauenabteilung aufgelöst. 1933 sollte dann ebenfalls das strafrechtliche Tolerieren von Homosexualität

---

<sup>79</sup> I. Sapir, Freudismus, Soziologie, Psychologie, in Bernfeld et al., Psychoanalyse (wie Anm. 78), S.189–246, insbesondere S. 221 f. Bemerkenswerterweise schreibt Sapir „durch die marxistische Methode“ – und nicht etwa: „durch die Realität“.

<sup>80</sup> RGASPI 495-35-10, S. 159 f.

<sup>81</sup> Siehe [<http://www.mxks.de/files/SU/1989kbUDssrIFr.html>], insbesondere Abschnitt 4.4.

enden.<sup>83</sup> Auf die marginale Rolle, die die Komintern Frauen und deren spezifischen sozialen Problemen zuwies, deutet das Zitat Grigori Sinowjews aus dem Jahre 1925 hin: „Wir werden alle Hindernisse überwinden, damit die Partei *wie ein Mann* den historischen Schauplatz betreten kann.“<sup>84</sup>

Doch Reich wich noch viel grundsätzlicher von der Kominternlinie ab. Denn zur selben Zeit, in der er durch sein *parteiliches* Tun teilweise Stalins Zielen nützte, hatte er in seinen psychoanalytisch-sexualreformerischen Aktivitäten und Publikationen durch die Betonung von Individualität, Psyche, Unbewusstem, Sexualität, Kindheit und angeborener *Prosozialität* längst Positionen bezogen, die mit dem Stalinismus unvereinbar waren. Vollends bewusst scheint ihm diese Unvereinbarkeit allerdings erst geworden zu sein, als er ab Ende 1932 von den kommunistischen Organisationen zunehmend geächtet wurde. Jahre später kommentierte er: „Ich begriff nicht, wie ich so lange dieser Partei hatte angehören können.“<sup>85</sup>

Ab 1934 – nun ja schon kein KP-Mitglied mehr – konfrontierte sich Reich als einziger Psychoanalytiker immer offener mit dem Stalinismus. So urteilte er in seiner Schrift *Was ist Klassenbewußt-*

---

<sup>82</sup> Reich, der dies zitierte, kommentierte: „Aus dieser Stellungnahme leuchtet uns der Stolz des ‚nordischen‘, sexuell ‚reinen‘ Menschen [...] gegenüber dem typischen Untermenschen [...] entgegen“: Wilhelm Reich, *Die Sexualität im Kulturkampf. Zur sozialistischen Umstrukturierung des Menschen*, Kopenhagen 1936, S. 167. Vgl. Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 318 f.

<sup>83</sup> Siehe [<http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php?title=Homosexualit%C3%A4t>].

<sup>84</sup> Hervorhebung A. P. Silvia Kontos, die mit diesem Zitat ihre Untersuchung der KPD-Frauenpolitik in der Weimarer Republik einleitet. Sie rekapituliert, dass Reichs „absolut ungewöhnlich[e]“, „überraschend realistische“ KPD-Kritik „gerade für die kommunistische Frauenbewegung bedeutsam war“, jedoch „von dieser in keiner Weise rezipiert“ wurde, da hier „Fragen der Ehe, Sexualität und Sexualpolitik immer mehr ausgeklammert“ wurden: Silvia Kontos, *Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Basel / Frankfurt am Main 1979, S. 234 f. Dass die KPD sich zwischen 1930 und 1932 für legale Abtreibung und Sexualreform stärker engagierte – wovon Reich profitieren sollte –, lag vor allem in dem Wunsch begründet, durch attraktive Massenorganisationen der SPD Anhänger abspenstig zu machen: Peglau, *Unpolitische Wissenschaft?* (wie Anm. 2), S. 106 ff.

<sup>85</sup> Reich, *Menschen* (wie Anm. 2), S. 207 ff.

sein?, dass die Komintern „ihre Unfähigkeit bewiesen“ habe, die aktuelle politische Situation „auch nur theoretisch, vom Praktischen ganz abgesehen, zu meistern“; gescheitert sei sie durch einen „Mangel an Selbstkritik [...], vor allem durch ihre Unfähigkeit, [...] die Bürokratie im eigenen Lager zu vernichten“.<sup>86</sup>

1935 nannte er in *Masse und Staat* als Belege für den gesellschaftlichen Rückschritt in der Sowjetunion unter anderem, dass in den Betrieben wieder eine „autoritäre [...] Leitung an die Stelle“ von „wirtschaftsdemokratischen Produktionsberatungen getreten“ sei, in den Schulen „die ersten Versuche der Selbstverwaltung [...] der alten autoritären Schulordnung Platz“ gemacht hätten und im Heer „strengste Rangordnung an die Stelle des sowjetistischen Kommandeur-Systems gesetzt“ worden sei. Auch in der Sexualpolitik „häuf-ten sich in den letzten drei Jahren die Anzeichen einer Rückkehr zu autoritären, bürgerlich-moralischen Ansichten und Gesetzen“.<sup>87</sup>

Seine Antwort auf die Frage „Wird die Sowjetunion nationalistisch?“ begann Reich mit einem Zitat aus der Leningrader *Roten Zeitung*, „dem Zentralorgan der russischen Bolschewiki“, vom Februar 1933, das für viele andere ähnliche Huldigungen stand: „Alle unsere Liebe, unsere Treue, unsere Kraft, unser Herz, unser Heroismus, unser Leben – alles für Dich, nimm es hin, Du großer Stalin, alles ist Dein, Du Führer der grossen Heimat. Gebiete über Deine Söhne, sie können sich in der Luft und unter der Erde, im Wasser und in der Stratosphäre bewegen. Die Menschen aller Zeiten und Völker werden Deinen Namen als den herrlichsten, stärksten, weitesten, schönsten nennen. Dein Name steht an jeder Fabrik, an jeder Maschine geschrieben, auf jedem Fleckchen Erde, in jedem menschlichen Herzen. Wenn meine geliebte Frau mir ein Kind zur Welt bringt, so wird das erste Wort sein, das ich es lehre: Stalin.“<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Wilhelm Reich (als Ernst Parell), Was ist Klassenbewusstsein?, in: Zeitschrift für Politische Psychologie und Sexualökonomie, 1934, Heft 1, S. 16–29, S. 17.

<sup>87</sup> Wilhelm Reich, Masse und Staat, siehe [[http://www.archive.org/details/Reich\\_1935\\_Masse\\_und\\_Staat\\_k,1935](http://www.archive.org/details/Reich_1935_Masse_und_Staat_k,1935)], S. 11 f.

<sup>88</sup> Reich, Masse (wie Anm. 89), S. 81.

„Wer derartiges vor einigen Jahren vorausgesagt hätte“, kommentierte Reich, „wäre mit Recht für irrsinnig erklärt worden“.<sup>89</sup> Den grassierenden „Führerkult“ um Stalin wertete er als „wesentliches Zeichen nationalistischer Ideologie“.<sup>90</sup>

1936 widmete Reich sein Buch *Die Sexualität im Kulturkampf* zur Hälfte der „Bremsung“ der sexuellen Revolution in der Sowjetunion.<sup>91</sup> Es ist bei all dem nicht verwunderlich, dass Reich im selben Jahr auf einer von den EKKI-Sekretären Dimitroff und Manuilski zur Kenntnis genommenen Liste mit „trozkistischen und anderen feindlichen Elementen“ auftauchte.<sup>92</sup> Fünf Jahre später, am 3. November 1941, wertete Reich gegenüber seinem Freund, dem schottischen Pädagogen Alexander Neill, die kurz zuvor eingetretene kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Sowjetunion:

„Der Kampf Stalins gegen Hitler beweist nicht, daß sein System kein Hitlersches ist. [...] Natürlich, jetzt kämpft er, weil er muß, aber ich glaube, Du zweifelst doch nicht daran, daß er es viel lieber gehabt hätte, an Hitlers Seite gegen die Demokratien kämpfen zu können. [...] Wir müssen zwar gegen Hitler kämpfen, wo wir können, aber wir müssen nicht für Stalin kämpfen.“<sup>93</sup>

Zu Beginn der 1950er Jahre schrieb Reich über das stalinistische System:

„Im scharfen Gegensatz zu[m] demokratischen Kommunismus mit seiner Herrschaft von unten, das heißt mit Wahlen anstelle von Ernennung von Funktionären etc., steht der rote Faschismus, der jedes demokratische Element des Kommunismus in sein Gegenteil

<sup>89</sup> Ebd.

<sup>90</sup> Ebd., S. 89.

<sup>91</sup> Wilhelm Reich, *Die Sexualität im Kulturkampf. Zur sozialistischen Umstrukturierung des Menschen*, Kopenhagen 1936, S. 133–247.

<sup>92</sup> Hermann Weber / Jakov Drabkin / Bernhard H. Bayerlein (Hg.), *Deutschland-Russland-Komintern (1918–1943)*. Vol. 2/1-2/2, *Dokumente (1918–1943)*, Berlin 2014, S. 1251 f.

<sup>93</sup> Alexander S. Neill / Wilhelm Reich, *Zeugnisse einer Freundschaft. Der Briefwechsel zwischen Wilhelm Reich und A. S. Neill 1936–1957*, hg. von Beverley R. Plazek, Frankfurt am Main 1989, S. 100 f.

verkehrt hat: Erschleichung der Macht einer Minderheit durch Terrorismus [...] Verschwörung und geheimes Taktieren statt öffentlicher Wahlvorgänge.“<sup>94</sup>

Russland war, setzte er fort, bereits „1936 ein eindeutig imperialistischer Staat, der nur eines mit dem demokratischen Kommunismus gemein hatte: das Bauen auf die Hoffnung der Menschen auf eine bessere Zukunft.“<sup>95</sup> Dies ist einer der Belege dafür, dass Reich nie Antikommunist wurde, sondern *Antistalinist* blieb.

---

<sup>94</sup> Reich, *Menschen* (wie Anm. 2), S. 152.

<sup>95</sup> Ebd.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online** lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

*Sozial.Geschichte Online* ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen vierstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 Euro und für GeringverdienerInnen 10 Euro jährlich; Fördermitglieder dürfen ihren Beitrag selbst festlegen.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

**SGO-Verein [at] janus-projekte.de** oder den

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**Cuvrystraße 20a**  
**(Briefkasten 30)**  
**D-10997 Berlin**

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00**  
**BIC: BFSWDE33BER**  
**Bank für Sozialwirtschaft**